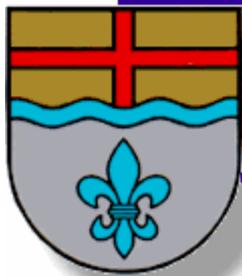




# FDP



## Kreisverband Höxter

*Die Kreistagsfraktion*

# **Handlungsfelder des demografischen Wandels**

***Der demografische Wandel wird zuallererst auf der kommunalen Ebene spürbar.***

Beispielsweise wenn Wohngebäude aufgrund rückläufiger Einwohnerzahlen leer stehen oder Kindergärten und Grundschulen wegen des fehlenden Nachwuchses nicht mehr ausgelastet sind. Als Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge stehen insbesondere die Kommunen in der Verantwortung, die Infrastruktur der sich ändernden Nachfrage anzupassen.

***Schon heute müssen beispielsweise Schulstandorte geschlossen werden, da die geforderten Schülerzahlen ausbleiben.***

Im Folgenden werden die wichtigsten Handlungsfelder in Zusammenhang mit dem demografischen Wandel dargestellt:

## **1. Benennung von Demographie- und Leerstandsbeauftragten im Kreis und in den Kommunen**

## **2. Interkommunale Kooperation**

## **3. Umbau statt Rückbau**

## **4. Die Bedürfnisse verändern sich**

## **5. Die familienfreundliche Gemeinde**

## **6. Städtebau und Städtebauförderung**

Für jedes Handlungsfeld werden zunächst die wesentlichen Herausforderungen skizziert, an die sich eine Darstellung von Handlungsmöglichkeiten anschließt.

## **1. Benennung von Demographie- und Leerstandsbeauftragten im Kreis und in den Kommunen**

Bedingt durch die demographische Entwicklung und der älter werdenden Bevölkerung, erhöht sich die Zahl der leerstehenden Wohnhäuser und auch der Gewerbeimmobilien. Hier entsteht ein wichtiges Arbeitsfeld für die zukünftige Attraktivität unseres Kreises und der Kommunen.

Es muss ein verlässlicher Überblick über das vorhandene Angebot geschaffen werden.

### **Handlungsmöglichkeiten**

Soweit noch nicht benannt, sollten in jeder Stadt Demographie- und Leerstandsbeauftragte benannt werden, bzw. die bereits vorhandenen Teilbenennungen zusammengefasst und unter diesem Titel arbeiten.

Für die Koordination der Datenerhebung und Erfassung könnte auf Kreisebene z. B. die GfW genutzt werden.

Mittels einer **Internetplattform ohne kommerziellen Anreiz** (ähnlich, wie die bereits vorhandene Tauschbörse) könnte in Zusammenarbeit mit den Eigentümern ein Informationsaustausch über Angebote sichtbar gemacht werden.

Dazu wäre eine komplette und umfangreiche Onlineübersicht auf der Internetseite der Kreisverwaltung und/oder GfW hilfreich.

Nachfrager und Interessenten hätten einen besseren Überblick.

## **2. Interkommunale Kooperation Gemeindeübergreifende Lösungen zur Sicherung einer attraktiven infrastrukturellen Versorgung**

Die Attraktivität einer Kommune hängt in hohem Maße von der vorhandenen Infrastrukturversorgung ab. Rückläufige Einwohnerzahlen können die Mindestauslastung und damit die Tragfähigkeit von Infrastruktureinrichtungen gefährden. Die infrastrukturelle Versorgung wird zudem dadurch erschwert, dass der Verlust von Einwohnern und Arbeitsplätzen häufig mit negativen Folgen für die kommunalen Haushalte verbunden ist.

Erfahrungen in unterschiedlichen Regionen zeigen, dass es von Vorteil sein kann, wenn sich Kommunen in dieser Situation zusammenschließen und bestimmte Aufgaben gemeinsam bzw. untereinander abgestimmt erledigen.

Dadurch werden die ohnehin knappen Finanzmittel effizienter eingesetzt. Darüber hinaus kann durch Kooperation und intraregionale Arbeitsteilung der regionale Wettbewerb um mobile Produktionsfaktoren gestärkt werden. So soll die siedlungsmäßige und infrastrukturelle Entwicklung in enger Abstimmung zwischen den Gebietskörperschaften, insbesondere durch interkommunale Kooperationen, erfolgen.

## Handlungsmöglichkeiten

Interkommunale Zusammenarbeit der Kommunen bei der Flächenerschließung sowie bei der Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen

Bündelung der Infrastruktur an zentralen Orten im ländlichen Raum

### Beispiele:

- **Gemeinschaftliche Schulprojekte Warburg – Borgentreich Sekundarschule**
- **Stadtwerke Beverungen – Steinheim**

Förderung aktiver Regionalentwicklungsansätze und innovativer interkommunaler Lösungen zur infrastrukturellen Versorgung, beispielsweise bei der Strom, Gas- und Wasserversorgung, aber auch die Erschließung von Gewerbegebieten.

Interkommunale Zusammenarbeit umfasst in diesem Zusammenhang noch wesentlich mehr. Neben Infrastruktur geht es um gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen (vom Bürobedarf bis hin zum Feuerwehrauto), gemeinsame Ressourcen (IT, Man Power, Services), aber auch Stadtwerke, Kommunalunternehmen (KUB) und ähnliches. Beispiel Stadtwerke Beverungen / Steinheim.

### **3. Umbau statt Rückbau innovative Ansätze zur Sicherung öffentlicher Infrastruktur bei rückläufiger Auslastung**

Die Gewährleistung einer angemessenen und wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung mit Infrastruktureinrichtungen gehört zu den zentralen Zielen von Raumordnung und Landesplanung. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird sie zu einer vordringlichen Aufgabe für die kommunalen und regionalen Akteure - insbesondere in Teilbereichen des ländlichen Raums. Dort ist bereits heute in Ansätzen eine Ausdünnung des Angebots an Einrichtungen zur Daseinsvorsorge (z.B. Post, Telekommunikation, Einzelhandel, Banken, Gastronomie u. ä.) festzustellen.

***Eine abnehmende Bevölkerung hat eine geringere Siedlungsdichte zur Folge,***

woraus sich die Notwendigkeit zur Anpassung der vorhandenen Infrastruktur ableiten lässt. Insbesondere bei der raumbezogenen technischen Infrastruktur im Bereich von Wasser, Abwasser und Entsorgung ist dies - sofern überhaupt möglich- nur deutlich zeitversetzt umsetzbar. Denn diese verlangt lange Planungs-, Vorbereitungs- und Bauphasen, eine hohe Kapitalintensität sowie sehr lange Nutzungsdauern. Infrastruktursysteme sind unter technischen, organisatorischen und Kostengesichtspunkten sehr inflexible Systeme, was ihre Kapazitätsverringerng oder ihren Rückbau betrifft.

Gleichwohl sind sie Bestandteil der Grundversorgung und damit für die Attraktivität einer Stadt oder Gemeinde von großer Bedeutung.

## **Handlungsmöglichkeiten**

Bei geplanten Infrastrukturprojekten sollte daher die mittel- bis langfristig zu erwartende Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt werden. Im Hinblick auf die Sicherung einer angemessenen Versorgungsqualität in der Fläche kommt in diesem Zusammenhang der Stärkung der zentralen Orte insbesondere im ländlichen Raum eine wichtige Bedeutung zu. Zentrale Einrichtungen sollten zur Verbesserung ihrer Auslastung soweit möglich in zentralen Orten vorgehalten werden. Darüber hinaus sollten Möglichkeiten einer multifunktionalen Nutzung von Einrichtungen bzw. mobile Versorgungsstrukturen geprüft werden. Bevölkerungsentwicklungsplanung ist ein Muss für jede Stadt und sollte baldigst eingeführt werden, wenn noch nicht geschehen.

Hier gibt es Ansätze, z.B. das kreisweite Wegekonzept, oder die DSL-Versorgung. Hier muss aber grundsätzlich klar sein, dass infrastrukturelle Versorgung der Menschen auf jeden Fall teurer wird.

Bei leer stehenden Gebäuden kann der Rückbau nur als Ultima Ratio betrieben werden und auch nur dann wenn durch längeren Leerstand eine weitere Nutzung ausgeschlossen werden kann. Beispiele von Umbau / Nutzungsänderungen gibt es in Borgholz; wir kommen im unter Pkt. 6 noch einmal darauf zurück.

#### **4. Die Bedürfnisse verändern sich**

Die Anzahl der Studenten am Hochschulstandort Paderborn erhöht sich und es entsteht ein zusätzlicher Bedarf an preiswerten und verkehrsgerechten Wohnungen.

Dies ist ein dringliches Problem, gerade aktuell durch die doppelten Abiturjahrgänge, leider durch die Randbedingungen (Entfernung zu den Unis und unpassender Wohnraum) nur sehr schwer anzugehen.

#### **Handlungsmöglichkeiten**

In den Randkommunen des Kreises Höxter (Bad Driburg und ggf. Willebadessen) müssen Erhebungen gemacht werden um verfügbaren Wohnraum zu ermitteln, der zum Beispiel auch über ASTA angeboten werden kann.

Es können Änderungen in der Positionierung der Stadt angedacht werden, z. B. Bad Driburg im Speckgürtel von PB könnte sich als Vorort/Wohnstadt von PB mit preisgünstigem Wohnraum vermarkten. Warburg für Kassel. In jedem Falle sollten die Bürger befragt werden, vor diesem Hintergrund: Wo wollen wir hin und was können wir vor dem Hintergrund der Fakten leisten.

Der Kreis bzw. die Städte dürfen diese Entwicklung nicht unbeachtet lassen da erste positive Ansätze geschaffen werden durch die Übernahme des Hotels Hubertushof in Herbram-Wald (Stadt Lichtenau/Kreis Paderborn ), welches durch einen Investor zu Studentenwohnungen umgebaut werden soll.

Die Attraktivität des Hochschulstandortes Warburg hängt auch vom Wohnraumangebot ab. Die Stadt Warburg muss jedoch aktiver werden bei der Akquisition von Studienplätzen in der Industrie. Es muss ein gesellschaftliches Anliegen sein den jungen Hochschulstandort zu retten und weiter auszubauen.

Nahverkehrsangebote müssen konkretisiert und errichtet werden, z. B. Bürgerbusse u. ä. sollten forciert errichtet werden und Berücksichtigung finden.

Das Ziel muss sein, dass von jedem Ort des Kreises eine Verbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln möglich sein muss. Das ist bisher nicht der Fall.

## **5. Die familienfreundliche Gemeinde attraktive Angebote für Familien**

Weniger Kinder bedeuten weniger Bildungseinrichtungen. Bildung ist somit der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, der am stärksten direkt auf die Veränderungen der Altersstruktur und die rückläufigen Kinderzahlen reagiert.

Es wird in den kommenden Jahren eine deutliche Verschiebung im Altersaufbau der Bevölkerung vorhergesagt: Einer steigenden Zahl älterer Einwohner stehen immer weniger junge Menschen gegenüber. So wird der Anteil der unter 19-jährigen bis zum Jahr 2024 um etwa ein Fünftel zurückgehen. Aus kommunaler Sicht sind insbesondere die Jahrgänge der Drei- bis unter Sechsjährigen (Kindergärten) sowie der Sechs- bis unter 16-jährigen (Schulen) interessant. Erstere werden bis 2024 um knapp 15 %, letztere sogar um gut 22 % abnehmen.

Daraus ergeben sich erhebliche, negative Konsequenzen für die Versorgung mit Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Mit der rückläufigen Kinderzahl nimmt zunächst die durchschnittliche Gruppen- bzw. Klassenstärke ab. Wird dabei die Tragfähigkeit von Einrichtungen unterschritten, führt dies zwangsläufig zu deren Schließung.

Um auch in Zukunft ein attraktiver Standort für Familien zu bleiben, sind die Kommunen aufgefordert, das vorhandene Angebot der sich ändernden Situation anzupassen. Hier sind bereits zwangsläufig, auch durch Vorgaben der Landesregierung, bedingte Aktivitäten im Gang. Dem Erhalt und weiteren Ausbau eines den modernen pädagogischen Anforderungen entsprechenden Netzes leistungsfähiger Angebote für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern kommt dabei besondere Bedeutung zu. Dies kann beispielsweise durch eine schulträgerübergreifende Organisation sowie räumliche Vernetzung von Schulstandorten erfolgen (**siehe Punkt 2 interkommunale Zusammenarbeit**).

Bauliche, standörtliche und verkehrliche Anpassungsmaßnahmen sollten dazu in ein kreisweites Gesamtkonzept integriert werden, das eine Konzentration auf gut erreichbare und dauerhaft zu sichernde Standorte vorsieht. Anpassungsalternativen sollten frühzeitig bewertet und in eine sachgerechte öffentliche Diskussion mit den Bürgern, insbesondere den betroffenen Eltern eingebracht werden.

Die Realitäten der demografischen Entwicklung zwingen zur Akzeptanz des Faktes, dass sie die Grundlage, für Klassenbildung, Lehreinsatz, Schulorganisation sowie Schulhausbau, dieser Entwicklung ist.

Dabei dürfen nicht nur die „Jungen“, sondern verstärkt die „Alten“ im Fokus stehen. Es wird einen erheblichen Bedarf an Pflegeeinrichtungen jeglicher Art geben !

## **Handlungsmöglichkeiten**

Verstärkte Bemühungen zur Bindung junger Bevölkerungsgruppen (z.B. durch gezielte Förderung von Existenzgründungen, Zuschüsse, Infrastrukturunterstützung o. ä). Die Hebesätze bei der Gewerbesteuer und bei der Grundsteuer sind mit konkurrierenden Regionen zu vergleichen und festzulegen. Existenzgründer wissen recht genau, wie weit ihre Zahlungsbereitschaft geht und orientieren sich auch an diesen Sätzen.

Förderung beim Erwerb älterer Immobilien, insbesondere für junge Familien, wie bereits mit Programmen der Städte Bad Driburg, Brakel, Borgentreich, Warburg, Willebadessen, Höxter (Ortsteile) Anwendung findet.

Bezahlbare und angemessene Kindergartenbeiträge.

Busverkehre, Bürgerbus etc. könnte ein Ansatz sein, da viele ältere Bürger gerade im ländlichen Raum auf diese Angebote angewiesen sein werden.

## **6. Städtebau und Städtebauförderung**

Städtebauliche Planungen reichen in der Regel weit in die Zukunft, die realisierten Projekte prägen unsere Städte und Gemeinden über Generationen. Es ist deshalb besonders wichtig, dass Gemeinden die von Ort zu Ort sehr differenzierten Auswirkungen des demografischen Wandels sorgfältig analysieren ( Analyse des Ist-Zustands mit der Frage, die es zu beantworten gilt, „Wo wollen wir hin und wo können wir hin?“) und bei den anstehenden Planungsentscheidungen berücksichtigen. Bei einer Ausweisung neuer Siedlungsflächen helfen die kritische Prüfung des langfristigen Bedarfs, die Berücksichtigung von Baulücken und die Revitalisierung von Brachflächen teure Fehlinvestitionen zu vermeiden.

In den meisten Gemeinden des Kreises Höxter stehen genügend Neubauf Flächen zur Verfügung und eine Innenentwicklung sollte daher Vorrang haben.

Auch hier ganz entscheidend, die Migration von „Jung“ nach „Alt“ mit allen Facetten. In Borgentreich/Borgholz gibt es dazu ein schönes Beispiel. Parteifreund Heinrich Möltgen und seine Frau, die eine große (6-7 Kräfte) physiotherapeutische Praxis betreibt, haben die alte, kürzlich geschlossene Grundschule, angrenzend an ihre Burg, erworben und zu einer sehr großzügigen Praxis umgebaut. Also auch hier weniger Schüler aber mehr Pflegeangebot.

## Handlungsmöglichkeiten

Keine Ausweisung neuer Bebauungsflächen und ggf. Einziehung bereits ausgewiesener, nicht erschlossener Flächen:

Auch hier wieder: Förderung beim Erwerb leerstehender Immobilien, insbesondere für junge Familien, wie bereits mit Programmen der Städte Bad Driburg, Brakel, Borgentreich, Warburg, Willebadessen, Höxter (Ortsteile) Anwendung findet.

Abbruchkostenzuschüsse für länger leer stehende Häuser.

### Fazit:

**Der demographische Wandel trifft in vielen ländlichen Regionen zuerst die Ortskerne. Hier werden der zunehmende Funktionsverlust, Leerstände und Brachflächen besonders deutlich.**

**Die Entwicklung ist deshalb so kritisch, weil gerade die jetzt gefährdeten historischen Ortszentren das bisher stabile Rückgrat unserer Kulturlandschaft bilden, Identität und Heimat sichern.**

**Die Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen, für das Planen und Bauen im demographischen Wandel gibt es keine einfachen Lösungen, keine Patentrezepte, jedoch gute Ansätze. Mit dem Demographiegipfel stellt sich nunmehr die Bundesregierung dieser wichtigen Aufgabe.**

**Gefordert sind zukunftsweisende Strategien und innovative Lösungsansätze.**

Die FDP-Fraktion im Kreistag des Kreises Höxter wird als erste Maßnahme einen Antrag zu Punkt 1 stellen und entsprechende Empfehlungen an die kommunalen Fraktionen geben.

Die FDP-Fraktion im Kreistag wird das Thema weiter beobachten und Erfahrungen aus anderen Regionen beachten und auswerten.

**Positionspapiere die zur Aufmerksamkeit empfohlen werden:**

Positionspapier aus der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover: [http://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/pospaper\\_62.pdf](http://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/pospaper_62.pdf)

Auswertungen von Erfahrungen in sieben Pilotstädten: [http://www.stadtumbauwest.de/inhalte/Guter\\_Ansatz\\_Rueckbaumanagement.pdf](http://www.stadtumbauwest.de/inhalte/Guter_Ansatz_Rueckbaumanagement.pdf)